

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwilke

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telefax: (02 28) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Für einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Reformprozeß plädiert **Ulla Burchardt MdB.**

Seite 1

An Ferdinand Lassalle erinnert, aus Anlaß seines 130. Todestages, **Dr. Elke Leonhard MdB.**

Seite 5

49. Jahrgang / 166

30. August 1994

Innovation heißt heute Ökologie

Wir brauchen einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Reformprozeß

Von **Ulla Burchardt MdB**

**Mitglied im Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages
Mitglied der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt"**

Innovation kann heutzutage nur ökologisch sein. Ökologische Innovation, die allein auf Technik setzt, greift jedoch zu kurz. Ökologische Innovation muß einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Reformprozeß in Gang setzen. Sie beginnt im Kopf, sie erfordert Klarheit, Konfliktbereitschaft, Kommunikation, Konkretisierung und Konsensbildung.

I. Die Wissenschaft hat genügend Belege geliefert, daß die bisherige Form des Wirtschaftens in den Industrieländern und der armutsbedingte Raubbau der natürlichen Ressourcen in den sogenannten Entwicklungsländern beendet werden müssen.

Von den Hinweisen des Club of Rome vor mehr als 25 Jahren auf die Grenzen des Wachstums bis zu den Gutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen und des Global Change Beirates der Bundesregierung im Jahr 1994 wird ein entscheidender Kurswechsel gefordert. Ansonsten werde die menschliche Gesellschaft ihr "natürliches Kapital", die Basis für jegliche wirtschaftliche und soziale Entwicklung, aufzehren. Und ebenso übereinstimmend belegen alle Untersuchungen, daß die westlichen Industrieländer zuvorderst in der Verantwortung sind, das Umsteuern bei sich selbst zu beginnen: Die weltweite Übertragung des westlichen Wohlstandsmodells führt zum endgültigen Kollaps des Ökossystems Erde.

Mit der verbindlichen Verpflichtung auf das politische Ziel "sustainable development" haben die Staaten der Welt diesen Erkenntnissen programmatisch Rechnung getragen.

Mit diesem Leitbegriff verbunden ist das Eingeständnis, daß die ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung nicht gegeneinander ausgepielt werden dürfen.

Und gleichzeitig steht er für eine tiefgreifende Korrektur der bisherigen Fortschritts- und Wachstumsvorstellungen, die sich als nicht länger tragfähig erweisen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,60 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verantwortlicher Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Ökologische und soziale Krisen (regional und global) ergeben sich aus einem vielfältigen Ursache-Wirkungszusammenhang von Wirtschaft-Gesellschaft-Technik-Natur. Deshalb kann auch die Problemlösungskapazität von Technik nur dann umfassend und erfolgversprechend genutzt werden, wenn sie in einen gesellschaftlichen Innovationsprozeß eingebunden ist. Angesichts dieses Wissens offenbart sich der Dinosauriercharakter der aktuellen Standort- und Technik-Debatte in Politik und Wirtschaft.

Die zentrale Frage für politisches und wirtschaftliches Handeln, die Mobilisierung von neuen Technologien und Innovationspotentialen, kann deshalb heute nicht mehr darauf begrenzt werden, welcher Strukturwandel die besten Ansiedlungschancen für Betriebe eröffnet, die größten Märkte erschließt und das höchste Wachstum bewirkt. Die zentrale Frage lautet vielmehr: Wie läßt sich ein Strukturwandel befördern, der überhaupt noch Chancen einer zukunftsverträglichen Entwicklung offen hält?

Welcher Strukturwandel sichert Zukunftsfähigkeit?

II. Auch für die Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" war ökologische Innovation zentraler Ausgangs- und Orientierungspunkt für ihre Suche nach Zukunftspfaden der Industriegesellschaft.

Im Vorgriff auf die Vorstellung des Endberichtes der Kommission in der kommenden Woche seien hier schon die vier grundlegenden Regeln genannt, die einen ersten notwendigen Schritt zur Operationalisierung des Leitbildes sustainable development ergeben:

1. Die Nutzungsrate erneuerbarer Ressourcen (z.B. Wälder oder Fischbestände) soll deren natürliche Regenerationsrate nicht überschreiten.
2. Nicht-erneuerbare Ressourcen (z. B. Erze) dürfen nur in dem Maße genutzt werden, wie sie Zug um Zug durch nachwachsende Rohstoffe oder erneuerbare Energien ersetzt werden können.
3. Die Freisetzung von Stoffen darf die Aufnahmefähigkeit der natürlichen Systeme nicht überfordern (z. B. Überdüngung der Böden.).
4. Das Zeitmaß menschlicher Eingriffe in die Umwelt muß an die Zeitmaße natürlicher Prozesse angepaßt sein (z.B. Gefahren der Plutoniumwirtschaft).

Der Kommission ist es bewußt, daß sich aus diesen Grundregeln für eine nachhaltige Entwicklung neue ökologische, ökonomische, soziale, kulturelle rechtliche und politische Anforderungen ergeben.

Um sie in absehbarer Zeit einhalten zu können, ist heute schon ein Paradigmenwechsel in Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich. Die Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" hat ihn stichwortartig beschrieben: Weg von der Durchflußwirtschaft, Produktionorientierung und Materialverschwendung - hin zu ökologisch geordneten Stoffströmen, Funktionsorientierung und Materialproduktivität.

Innovationspolitik muß neue Rahmenbedingungen setzen

III. Innovationspolitik heißt, neue Rahmenbedingungen für den ökologischen Strukturwandel zu setzen. Neben dem reregulierten Umwelt-Ordnungsrecht und der ökologischen Steuerreform kommt der Forschungs- und Technologiepolitik eine zentrale Bedeutung zu.

In der Enquete-Kommission ist es unstrittig, daß Forschung und Entwicklung Abschied nehmen müssen vom Paradigma der absoluten Naturbeherrschung und dem Erarbeiten rein technikorientierter Lösungen. Demzufolge nennt sie als entscheidende Kriterien einer an sustainability ausgerichteten Forschungs- und Technologiepolitik:

- o Umwelt- und Sozialverträglichkeit,
- o Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Nutzung von Umweltpotentialen,
- o Fehlerverträglichkeit von Technik
- o Verringerung der Eingriffstiefe in die Natur.

Übertragen auf die Materialforschung fordert die Kommission beispielsweise einen ganzheitlichen Forschungsansatz, der weit über die Merkmale integrierter Werkstoffforschung hinausgeht. Die zukünftige Werkstoffforschung sollte sich funktional im Sinne des produktionsintegrierten Umweltschutzes ausrichten und Kriterien wie Recycling-, Kreislauf und Demontagefähigkeit auf möglichst hoher Wertschöpfungsstufe erfüllen.

Staatliche Forschungsförderung kann für eine technologische und gesellschaftliche Neuorientierung nur dann die Richtung weisen, wenn ihre Rahmenbedingungen und Schwerpunkte verändert werden. Hierzu gibt die Enquete-Kommission u.a. folgende Empfehlungen:

- Die längerfristigen Forschungsprogramme als Grundlage der Forschungsförderung sind parlamentarisch zu beraten und zu verabschieden. So kann verdeutlicht werden, daß die Umsetzung des Leitbildes einer dauerhaften Entwicklung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.
- In die Technologieförderung muß die Untersuchung von Verwendungszusammenhängen und Nutzungsintensitäten von Technik, von gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Lebensstilen integriert werden.
- Die Rahmenbedingungen für die Einführung von Technologien sind so zu verändern, daß ökologisch angepaßte Techniken im Wettbewerb mit nicht angepaßten Techniken konkurrieren können.
- Durch strukturschaffende Forschungsförderung ist die für Interdisziplinarität und schnellen Technologietransfer notwendige Vernetzung von Forschungsstrukturen und -inhalten zu unterstützen.
- Die Umweltforschung ist strukturell, inhaltlich und finanziell den neuen Anforderungen entsprechend zu unterstützen.

Umweltforschung als Kristallisationspunkt für ökologische Innovation

IV. Kristallisationspunkt der ökologischen Innovation ist die Umweltforschung, wenn sie sich vor allem den Ursachen der Umweltprobleme zuwendet. Diese liegen nicht in den Emissionen, Abfällen etc., sondern im menschlichen Verhalten, in der Produktion, in Konsummustern, in den Handelsstrukturen. Der Ausbau sozioökonomischer Umweltforschung ist deshalb längst überfällig.

Neben die Ursachenforschung muß die Erarbeitung von Handlungsstrategien zur Problemlösung und Vermeidung weiterer Schäden treten. So ist es z.B. notwendig nach nachhaltigen Produktions-, Verkehrs- und Siedlungsstrukturen sowie entsprechenden Umbauszenarien. Dringend ist es, in enger Kooperation mit Ländern der "Dritten Welt", auf den Ergebnissen sozioökonomischer Forschung fußend, angepaßte Technologien z.B. für die Energieversorgung zu entwickeln.

So verstandene Umweltforschung arbeitet und plant nicht disziplin- sondern problemorientiert, sie umfaßt Grundlagenforschung, natur- und sozialwissenschaftliche Meß- und Analysearbeiten und reicht bis zu der Entwicklung und Einführung von umweltgerechten Produkten und Verfahren. Aus inter- und multidisziplinären Arbeitszusammenhängen müssen Netzwerke entstehen, die über Instituts- und Institutionengrenzen hinausreichen.

Umweltforschung wird heute Anforderungen nicht gerecht

V. Die jüngst vorgelegten Ergebnisse der Evaluation der Umweltforschung durch den Wissenschaftsrat untermauern die Erkenntnisse der Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion im Juni 1993: Die deutsche Umweltforschung wird den gewachsenen Anforderungen gegenwärtig nicht gerecht.

- Umweltforschung wird zwar in allen Sektoren der vielfältigen Forschungslandschaft betrieben (Universitäten und Fachhochschulen, Max-Planck-, Fraunhofer und Blaue Liste-Instituten, Großforschungs- und Ressorteinrichtungen). Insgesamt gesehen ist sie jedoch ziel- und konzeptionslos, das Verhältnis von finanziellem Aufwand und Ergebnis oft unbefriedigend.

- Umweltforschung ist - wie Umweltpolitik - trotz aller Betonung der Vorsorgeorientierung weitgehend reaktiv. Sie läuft den Problemen hinterher, ihre Prognosefähigkeit ist unterentwickelt.
- Sie ist vor allem naturwissenschaftlich oder technisch ausgerichtet. Diese Dominanz führt zu dem verengten Blick allein auf die Erklärung bereits angerichteter Schäden.
- Forschung und Entwicklung im Bereich Umwelttechnik ist überwiegend (80%) end-of-the-pipe-orientiert. Schwerpunkte liegen in Filter- und Rückhaltetechniken, in Sanierungs- und zunehmend auch in Recyclingtechnologien.
- Die Umsetzung von Ergebnissen der Grundlagenforschung in die Anwendung gelingt vielfach nicht. Ein entscheidender Grund hierfür: Die Forschungsförderung des BMFT folgt fast ausschließlich dem Kriterium "schnelle wirtschaftliche Verwertbarkeit". Dabei bleiben zeitintensive Entwicklungsarbeiten im Vorfeld der Anwendung auf der Strecke. Einzelne Forschungseinrichtungen und KMU sind jedoch mit den dabei entstehenden Kosten überfordert.

Falsche Orientierung durch staatliche Forschungsförderung

VI. Umweltforschung ist elementarer Bestandteil staatlicher Daseinsvorsorge geworden. Staatliche Förderung hat zu ihrer Entwicklung und Qualifizierung entscheidend beigetragen. Allein 1992 wurden von Bund und Ländern insgesamt 1,45 Mrd. DM zur Förderung aufgebracht.

Doch die wachsenden Aufwendungen der letzten Jahre sind der fortschreitenden Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen geschuldet. Und gemessen an der Bedeutung der Umweltforschung sind die Ausgaben noch immer gering:

- Im BMFT-Haushalt 1995 soll der Ansatz um 4,3 % auf rd. 756 Mio. DM steigen. Damit gehen gerade einmal 8 von 100 DM in die Erforschung von ökologischen Wirkungszusammenhängen, in die Klimaforschung und die Entwicklung von Umwelttechnologien. Abzüglich der Inflationsrate stagnieren die Ausgaben. (zum Vergleich: Anteil der Weltraumforschung = 19,5 %).

- Wie in den vergangenen Jahren überwiegt ein Anstieg der institutionellen Förderung, also der Ausgaben für die Umweltforschung in den Großforschungseinrichtungen (+ 6,6 %). Die Mittel für die Projektförderung, also für Forschungsarbeiten an Universitäten, in Unternehmen und weiteren Forschungseinrichtungen, sind weiterhin viel zu gering: Neue Forschungsschwerpunkte können deshalb auch 1995 nicht oder nur zu Lasten von laufenden aufgebaut werden. So werden nach bisher vorliegendem Haushaltsansatz die Projektmittel in der ökologischen Forschung und der Klimaforschung um mehrere Millionen sinken. Unter anderem wurden bereits Projekte des Waldökosystemforschungszentrums Göttingen abgelehnt und bewilligte gekürzt. Die hier eingesparten Mittel kommen der Projektförderung im Bereich Umwelttechnologie zugute. Dies dient der finanziellen Ausstattung des im Aufbau befindlichen Schwerpunktes "Produktionsintegrierter Umweltschutz".

Dieser Zuwachs ist aber nur eine unwesentliche Korrektur an einer falschen Schwerpunktsetzung der letzten Jahre: Von den Gesamtaufwendungen des BMFT im Bereich Umwelttechnik gingen 1993 gerade einmal 10 % in die Förderung von schadstoffvermeidenden Techniken und Produkten. (Bemessungsgrundlage: Gesamtsumme von 814 Mio. DM der im Sept. 1993 laufenden Projekte für den Zeitraum von ca. 1989-1996). Die große Masse der Projektförderung fließt weiterhin in nachgeschaltete Techniken: in den medial orientierten Wasserschutz, in die Abfallbeseitigung und das Recycling.

- Ökologische Innovation ist innerhalb des BMFT und seiner Forschungsprogramme bei weitem keine Querschnittsaufgabe:

Beispiel 1: Das neu aufgelegte Materialforschungsprogramm des BMFT. Mit ihm werden neue Werkstoffe für Schlüsseltechnologien wie z. B. die Informationstechnologie gefördert. Umweltverträglichkeit ist jedoch kein oberstes und generell integriertes Entwicklungsziel, ökologische Aspekte werden auf Begleitforschung ausgelagert.

Beispiel 2: Im BMFT Programm "Produkteneuerung", aufgelegt, um der mittelständischen Industrie in den neuen Bundesländern neue Impulse zu verleihen, ist Umweltverträglichkeit laut Eckwertepapier des Ministeriums kein entscheidendes Förderungskriterium.

Reformen für eine dauerhafte Entwicklung

VII. Die SPD hat in der laufenden Legislaturperiode zahlreiche Vorschläge für strukturelle Reformen entwickelt, die an den realen gesellschaftlichen Bedingungen (ökologische Gefahren, soziale Erfordernisse, Bewußtsein der Bevölkerung, wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit) anknüpfen und zugleich den Umbau der Industriegesellschaft einleiten können. Zusammengefaßt werden diese Vorschläge im Programm der Arbeitsgruppe Umwelt der SPD-Fraktion unter dem Titel "Reformen für eine dauerhafte Entwicklung". Das Programm zielt auf ein neues Wohlstandsmodell, also auf ein Minimum von Umweltbelastung bei einem Höchstmaß an Lebensqualität und wirtschaftlicher Effizienz.

Um Umweltforschung und -wissenschaften zu qualifizieren und Weichen für eine ökologische Innovationspolitik zu stellen, wurden u.a. folgende parlamentarische Initiativen ergriffen:

- Antrag "Forschung und Entwicklung für eine zukunftsverträgliche Abfallwirtschaft"
- Antrag "Ökologische Stoffwirtschaft als Alternative zum Kreislaufwirtschaftsgesetz"
- Antrag zur Einsetzung der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt"
- Antrag für ein umfassendes Programm zum Einsatz erneuerbarer Energien und zur Energieeinsparung
- Antrag "Umweltbildung und Umweltwissenschaften"
- Anhörung "Stand und Perspektiven der Umweltforschung"

Die Schwerpunktsetzung und Ausstattung des neuen nationalen Umweltforschungsprogramms kann entscheidende Weichen in die Zukunft stellen. Deshalb fordert die SPD hierüber eine breite öffentliche Debatte und eine parlamentarische Verabschiedung des Programms. Darin wird sie mittlerweile von der Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" unterstützt.

Auf Initiative der SPD ist das Büro für Technikfolgenabschätzung am 4. März beauftragt worden, eine Studie zur "Bedeutung der Umweltechnik für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland" zu erarbeiten. Sie soll die Wechselwirkungen zwischen Umweltechnik, Umweltschutzregulierung, wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltqualität darstellen. Darauf aufbauend, sollen schließlich Optionen entwickelt werden, wie durch technologiepolitische und umweltpolitische Maßnahmen diese Wechselwirkungen zu einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und zur Verbesserung der Umweltqualität beeinflußt werden können.

(-/30. August 1994/rs/ks)

"... er rief die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland"

Zum 130. Todestag Ferdinand Lassalles

**Von Dr. Elke Leonhard MdB
Außenwirtschaftliche Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion**

Er war die schillernde Persönlichkeit der frühen Arbeiterbewegung - eitel, überschwänglich, willensstark, von hohem Intellekt und starker Überzeugungskraft; ein ökonomischer und geschichtswissenschaftlicher Theoretiker, zugleich ein charismatischer Redner, dem es gelang, Bewußtsein für die gemeinsamen Interessen der Arbeiter zu schaffen, die deutsche Arbeiterschaft zu motivieren wie kaum ein anderer und im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein

einen der Grundsteine der deutschen Sozialdemokratie zu legen. Wer war dieser Ferdinand Lassalle, der schon bald nach seinem frühen tragischen Tod zur Kultfigur der deutschen Arbeiterbewegung avancierte, zum Mythos, an dessen Ambivalenz sich die Geister schieden?

11. April 1825. Im niederschlesischen Breslau wird Ferdinand Lassal, Sohn eines jüdischen Seidenhändlers, geboren; erst ab dem 21. Lebensjahr verwendet er die heute bekannte, französische Schreibung seines Familiennamens - Lassalle.

Nichts deutet zunächst auf den Weg hin, der Ferdinand Lassalle an die Spitze eines Teils der deutschen Arbeiterbewegung führen sollte: Er besucht die Leipziger Handelsschule, erwirbt die Hochschulreife, studiert in Berlin und seiner Heimatstadt klassische Philologie, Geschichte und Philosophie. Dennoch: Lassalles Studentenzzeit fällt in die unruhigen, letzten Jahre des Vormärzes, geprägt von überwiegend diffusen Ängsten, Hoffnungen, Aufbruchstimmungen, die sich 1848/49 fast zeitgleich in weiten Teilen Kontinental-Europas revolutionär entladen sollten.

In dieser Phase politischer Neuorientierung führen Vorarbeiten zur Dissertation Ferdinand Lassalle 1845 nach Paris - in jene Stadt, von der aus ein halbes Jahrhundert zuvor eine erste Revolutionswelle ausgegangen war und die wenig später erneut das Fanal zur Auflehnung gegen bestehende Herrschaftsverhältnisse geben sollte. Hier lernt Lassalle Pierre-Joseph Proudhon, Heinrich Heine, den französischen Frühsozialisten Louis Blanc und Georg Herwegh kennen, der in Frankreich vergeblich versucht, eine revolutionäre Freischar aufzustellen. Der Eindruck, den Lassalle hinterläßt, ist tief und nachhaltig: Heinrich Heine sieht in ihm nicht weniger als den "Messias des Jahrhunderts".

Ferdinand Lassalles Selbsteinschätzung als "junger, machtloser Jude" spiegelt nur eine Seite seiner vielschichtigen Persönlichkeit wider; er weiß längst um sein rhetorisches Talent und sucht nach Wegen, es publikumswirksam einzusetzen. Eine Gelegenheit ergibt kurz nach seinem Frankreifaufenthalt in Berlin: Lassalle stellt seine Dissertation ein und wird die folgenden acht Jahre der Vertretung der Gräfin Sophie von Hatzfeld in einem spektakulären Scheidungsprozeß widmen, den ihr Ehemann, Vertreter des alles beherrschenden, verhaßten Feudaladels, angestrengt hatte. Der Anlaß mag banal erscheinen - Lassalle aber gibt dem Verfahren von Anfang ein politisches Gewicht: Es gelte "der Sache der Menschheit", umfasse "die Passionsgeschichte der menschlichen Freiheit"; er kämpfe gegen "alle Ungerechtigkeit der alten Welt, alle Mißbräuche der Macht, der Gewalt und des Reichthums gegen den Schwachen, alle Unterdrückung unserer Gesellschaftsordnung". Der junge Doktorand der Philosophie ohne tiefere juristische Kenntnisse reift in diesen Jahren endgültig zu einem der wortgewaltigsten Redner seiner Zeit; Sophie von Hatzfeld wird zur Symbolfigur demokratischer Freiheit gegenüber dem sterbenden Feudalsystem. Das Scheidungsverfahren endet 1854 mit einem Vergleich, der es Sophie von Hatzfeld ermöglicht, Lassalle - den sie als "liebes Kind" anzusprechen pflegt - eine Leibrente auszusetzen, die ihn für den Rest seines Lebens finanziell unabhängig macht.

Es bleibt nicht aus, daß Lassalle in den Strudel der revolutionären Ereignisse von 1848/49 hineingezogen wird. Er arbeitet bei der Neuen Rheinischen Zeitung 'Karl Marx', ruft im November 1848 zur Steuerverweigerung und zum bewaffneten Widerstand auf, als die preußische Nationalversammlung von der gegenrevolutionären Regierung nach Brandenburg verlegt wird: Ein aussichtsloser Kampf, der für Lassalle im Gefängnis endet. Die Revolution, die innerhalb weniger Tage im März 1848 schon alles erreicht zu haben schien, jedoch in ihren unterschiedlichen Flügeln hoffnungslos zerstritten blieb, war faktisch bereits besiegt. Innerhalb weniger Monate würde auch das letzte Aufflackern gegen die europaweit neuformierte Front reaktionärer Kräfte erstickt sein.

Nach dem endgültigen Scheitern der Revolution setzt Lassalle seine Dissertation fort, die sich nicht zufällig mit dem frühen griechischen Philosophen Heraklit beschäftigt: Der antike Denker war der erste, der sich mit der Dialektik des Gegensätzlichen beschäftigte; Lassalles zweibändiges Werk Die Philosophie des Herakleitos erscheint im November 1857 im Druck.

Ferdinand Lassalle - Kämpfer für Demokratie und Freiheit? Zweifellos. Geborener Arbeiterführer? Erst auf den zweiten Blick. Die späten 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts sehen Lassalle zunächst als politischen Theoretiker, den mehr als alles andere die weiter offene Frage eines deutschen Nationalstaats beschäftigt, jene Frage, die - heute nur noch schwer vorstellbar - untrennbar mit der Forderung nach Demokratisierung und Liberalisierung verbunden war und zu den zentralen Themen der gescheiterten 48er-Revolution gehörte. Die Ideen der Linken der Paulskirche wiederbelebend, tritt er im 1861 in Leipzig erschienenen zweibändigen System der erworbenen Rechte - seiner 'Revolutionstheorie' (Lassalle) - für sozialistische Ideen und einen kleindeutschen Nationalstaat ohne Beteiligung der Habsburger Monarchie ein. Er erkennt zunehmend: Der vierte Stand, die Arbeiterschaft, die anderthalb Jahrzehnte zuvor ihres fehlenden Klassenbewußtseins wegen praktisch ohne Einfluß auf die politischen Ereignisse geblieben war, ist eigentlicher Erbe der freiheitlichen Ideen der Revolutionszeit. Nur Verachtung hat er demgegenüber für das liberale Besitzbürgertum, das sich mit oktroyierten Verfassungen fürstlicher Potentaten zufriedengegeben hatte.

Die Bitte, sich "an die Spitze der Bewegung" zu stellen

Es sind erneut Lassalles rhetorische Fähigkeiten, die ihn an einen entscheidenden Wendepunkt seines Lebens führen. Ein Vortrag in Oranienburg über den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes bringt die Mitglieder des Leipziger Arbeiterbildungsvereins dazu, Lassalle vertraulich zu bitten, sich "an die Spitze der Bewegung" zu stellen. Kurz danach erhält er - nunmehr offiziell - den Auftrag, ein Programm zu formulieren.

Der Text, das Offenes Antwortschreiben vom 1. März 1863, steht am Beginn der Agitation Lassalles für die Gründung eines Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der wenig später, am 23. Mai 1863, durch ihn und zwölf Delegierte aus elf Städten in Leipzig gegründet wird. Neben häufig artikulierten Forderungen jener Zeit - nationale Einheit und allgemeines Wahlrecht als unverzichtbare Grundlage einer Demokratie in Deutschland, Konstituierung des Arbeiterstandes als selbständige politische Partei -, die er geschickt aufgreift, formuliert Lassalle wirtschaftstheoretisch durchaus Eigenständiges, wenn auch Widersprüchliches und Umstrittenes: Das "eiserne Lohngesetz", nach dem das Einkommen der von einem Unternehmer abhängigen Arbeiter stets um das Existenzminimum pendele, ohne es längere Zeit deutlich übersteigen oder unterschreiten zu können, dient Lassalle als Begründung für das Postulat genossenschaftlicher Organisation der Produktion durch die Arbeiter selbst.

Ferdinand Lassalle - ein Theoretiker, der - trotz seiner zahlreichen beeindruckenden Reden vor Arbeitern in ganz Deutschland - letztlich abgehoben blieb von jenen Menschen, die in ihn ihre ganze Hoffnung setzten? Ja und Nein. Franz Mehring, bedeutender Historiograph der Sozialdemokratie, erkannte die Ambivalenz Lassalles in dieser Hinsicht: "Wenn es falsch ist zu sagen, daß Lassalles Agitation aus persönlichem Ehrgeiz entsprungen sei, so ist es mindestens übertrieben zu sagen, daß Lassalle nur ein historisch-wissenschaftliches Interesse am Emanzipationskampf des Proletariats genommen habe. Es liegen beweiskräftige Zeugnisse genug für die Tatsache vor, daß ihn eine tiefe Sympathie zur Arbeiterklasse zog, daß er mit ihr zu empfinden und zu fühlen wußte. Was ihm aber doch im wesentlichen fremd blieb, das war ihr inneres Leben als Masse, der mühsame Kampf mit dem Elend und der Not, mit dem Alltäglichen und Kleinen, durch den sie sich auf den sicheren Boden ihres modernen Klassenbewußtseins emporarbeiten muß."

Lassalle will die Revolution zu Änderung der politischen und ökonomischen Verhältnisse - und dieses Mal soll es eine Revolution der Arbeiter sein, die nur die Masse der Arbeiter durchführen könne. Aber: Sein hohes Ziel, 90 Prozent der Arbeiterschaft zu diesem Zweck im straff strukturierten ADAV zu organisieren, bleibt unerreichbar. In den ersten Monaten treten rund 1.000 Arbeiter in den ADAV ein, bei Lassalles Tod ein Jahr später zählt die Vereinigung 4.600 eingeschriebene Mitglieder - zu wenige, um die herrschende politische Ordnung rasch und tiefgreifend zu verändern.

Schon im Herbst 1863 gibt Lassalle, für fünf Jahre mit uneingeschränkten Vollmachten an die Spitze des ADAV gewählt, seine Konzeption einer einheitlichen sozialen, demokratischen und nationalen Revolution faktisch auf: In zähem Ringen, harten Verhandlungen mit dem preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck kämpft er für allgemeines Wahlrecht, gibt sich Anfang 1864 mit einem möglichen, gleichwohl nicht realisierten Oktroi zufrieden, Wochen später spricht er auf seiner letzten großen Agitationsreise durch Deutschland von einem "sozialen Volkskönigtum" - Parallelen zum Abgesang auf die Revolution von 1848 scheinen unübersehbar.

Aber: Sind Lassalles Gespräche mit Bismarck tatsächlich jenem Arrangement des Bürgertums mit den Regierenden anderthalb Jahrzehnte zuvor vergleichbar, das maßgeblich zum Scheitern der Revolution geführt hatte? In seinem autobiographischen Werk *Aus meinem Leben* stellt auch August Bebel diese Frage, zeichnet jedoch anhand der Persönlichkeit Lassalles ein differenzierendes und zutreffendes Bild: "Immerhin war die Rolle Lassalles Bismarck gegenüber eine höchst eigenartige. Gestützt auf sein hohes Selbstgefühl und seine unabhängige soziale Stellung glaubte er, mit Bismarck wie von Macht zu Macht verhandeln zu können, noch ehe er eine Macht hinter sich hatte. Wie das Spiel schließlich ausgegangen wäre, darüber braucht man sich den Kopf nicht zu zerbrechen, da der Tod Lassalles Ende August 1864 ihn als Partner beseitigte."

Im Kampf für eine Frau, Sophie von Hatzfeld, hatte Lassalles Leben öffentlich-politisch begonnen, im Kampf um eine Frau, Helene von Dönniges, endete es nicht weniger dramatisch: Drei Tage zuvor in einem Duell nahe Genf im Wald von Carrouge schwer verletzt, starb Ferdinand Lassalle 39jährig am 31. August 1864.

Ferdinand Lassalle - Sinnbild erneuten Scheiterns der Arbeiterbewegung? Sicher nicht. Innerhalb eines einzigen Jahres erreichte Ferdinand Lassalle, was langjähriges Bemühen nicht vermocht hatte: Er machte den "Vierten Stand", die Arbeiterschaft, zum festen Bestandteil politischen Lebens in Deutschland. Seine Tatkraft und Unermüdlichkeit, Bewußtsein für den politischen Stellenwert der Arbeiter zu schaffen, seine herausragende Begabung, Menschen zu motivieren und zu mobilisieren, war es, die ihn weit über die Anhängerschaft und den zeitlichen Bestand des ADAV hinaus zum einem Mythos der deutschen Arbeiterbewegung werden ließen.

Elf Jahre nach dem Tode Lassalles, 1875, vereinigten sich die beiden Flügel der deutschen Arbeiterbewegung - der ADAV Ferdinand Lassalles und die 1869 in Eisenach gegründete Sozialistische Arbeiterpartei - in Gotha und schufen damit jene Sozialdemokratie, die trotz des Sozialistengesetzes im vergangenen und Verfolgung durch den Nationalsozialismus in diesem Jahrhundert, trotz interner Kämpfe um den richtigen Weg Zeit ihres Bestehens, wurde und bis heute ist, was einem Mann wie Ferdinand Lassalle vorgeschwebt haben mag: Kämpferin für Menschenrechte, Demokratie und die Werte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität.

Treffend beschrieb Karl Marx - alles andere als ein Anhänger Lassallescher Ideen und im positiven Urteil daher zweifellos objektiv - die eigentliche Lebensleistung Lassalles jenseits einseitiger Inanspruchnahme und tendenziöser Deutung eines kurzen, intensiven Lebens, wenn er im Oktober 1868 an den Nachfolger Lassalles im Amt des ADAV-Präsidenten, Jean Baptist von Schweitzer, schrieb: "Nach fünfzehnjährigem Schlummer rief Lassalle - und dies bleibt sein unsterbliches Verdienst - die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland."

(-/30. August 1994/rs/ks)

FEHLANZEIGE

JAHRGANG

49

ZEITUNGSNUMMER

167

DATUM

31.08.94.